



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/272 - 1.12.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Vergebliche Reisen nach Paris

F.B. Nach der zweiten Pariser Reise Blankenhorns dürften die Hoffnungen derer, die an einer Änderung des Saarstatuts auf dem Wege einer deutschen Interpretation geglaubt haben, auf dem Nullpunkt angelangt sein. Nach fünftägiger Anwesenheit des Reise-Botschafters des Bundeskanzlers in der französischen Hauptstadt wurde lediglich offiziell mitgeteilt, dass Blankenhorn einmal mit dem stellvertretenden Leiter der politischen Abteilung des Quai d'Orsay, de Margerie, und einmal mit dem stellvertretenden Kabinettschef des französischen Ministerpräsidenten, Soutou, zusammengetroffen ist. Ein recht dürftiges Kommuniqué, das zeigen sollte, dass bei diesen Gesprächen in deutschem Sinne nichts zu erwarten ist. Wenn nämlich Blankenhorn Erfolge erzielt hätte, die Bundesregierung hätte keinen Augenblick gezögert, noch vor Berliner Wahlen am 5. Dezember damit die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Dass diese Verhandlungen ergebnislos abgeschlossen wurden, dürfte auch eine Darstellung von französischer Seite zeigen, in der ausgeführt wird, dass sie sich "recht schwierig gestalteten und wahrscheinlich ausgedehnte weitere Verhandlungen erforderlich sein dürften". Und erneut wird von französischer Seite betont, dass sich diese Verhandlungen auf die reine Interpretation beschränken müssten, aber der materielle Inhalt des Saarstatuts dürfe nicht angetastet werden. Letzte Klarheit haben zudem die Ausführungen des französischen "Botschafters" an der Saar, Grandval, in Paris während der Anwesenheit Blankenhorns erbracht, der deutsche Revisions- und Interpretationswünsche geradezu verletzend schroff ablehnte.

So wird sich der Bundestag am 15. und 16. Dezember u.a. auch mit einem Saarabkommen zu befassen haben, von dessen Begründung durch die Bundesregierung ein offizieller Sprecher Frankreichs erklärt, dass sie irreführend und falsch sei. Das Parlament wird so unbeeinflusst von Interpretations-Kunststücken schon in der ersten Lesung eine klare Meinung zu äußern haben. Es kann diese Entscheidung treffen, nachdem die beiden Reisen Blankenhorns gezeigt haben, dass an dem Abkommen selbst und seinen verhängnisvollen Auswirkungen nichts zu ändern ist, wenn es angenommen werden sollte.

Eigentlich sollte man diese Entwicklung begrüßen. Wenn Verhandlungen mit Frankreich über die Veränderung des Saarstatuts dazu führen könnten, dass dieses Statut geändert und die deutschen Interessen und die Belange der Deutschen an der Saar besser gewahrt werden, dann sollte man ja dazu sagen. Die Interpretations-Gespräche aber sind von Seiten der Bundesregierung immer nur mit dem Ziel geführt worden, Nebelwände aufzurichten, um den Rebellen in der Koalition doch noch ein Ja abzupressen, obwohl sich in der Sache gar nichts ändert. Dann ist es schon besser, das Parlament hat eine klare Entscheidung zu fällen.

*

*

*

- 2 -

"Der Osten trifft den Westen"

F.S., London

Nicht nur allein im britischen Parlament sind Stimmen laut geworden, die gegen die Reise der Labour Delegation nach Moskau und Peking Stellung nahmen. Auch in Organisationen der Sozialistischen Internationale und auch innerhalb der britischen Arbeiterpartei haben sich, wenn auch mit anderer Begründung, Kritiker gefunden, die mit den Besuchern aus politischen und zeitlichen Gründen nicht einverstanden waren. Die Reise begann Anfang August und war Ende September beendet. An ihr nahmen Attlee und Bevan, der vorjährige und die jetzige Vorsitzende der Partei, Wilfrid Burke und Dr. Edith Summerskill, Generalsekretär Morgan Phillips und führende Gewerkschafter teil.

Im Verlaufe einer Pressekonferenz wurde die Öffentlichkeit mit einem Buch bekannt gemacht, das Morgan Phillips unter dem Titel "Der Osten trifft den Westen" schrieb und im Lincolns-Prager-Verlag veröffentlichte. Das Buch, mit einem Vorwort von Attlee, kann als der offizielle Bericht der Exekutive angesehen werden und erregte schon darum vor der Publikation grosses Interesse, besonders in den Vereinigten Staaten.

Phillips bemerkt zunächst, dass die Einladung der sowjetrussischen und chinesischen Regierung das Resultat eines Beschlusses war, den der vorjährige Parteitag annahm. Sie bot nach dem Sieg der kommunistischen Armee Mao Tse-tung's seit 1949 die erste Gelegenheit, das neue China durch eine unabhängige Delegation zu besuchen. "Wichtiger als alles andere erschien uns der Versuch, den eisernen Vorhang zu heben". Und mit einer anderen an die Kritiker gerichteten Bemerkung stellt Phillips fest, "dass dieser Versuch niemals gemacht worden wäre wenn wir gewartet hätten, bis jedermann den Zeitpunkt für richtig gehalten hätte." Für die Annahme der Einladung und ihre zeitliche Festlegung war noch ein anderer Grund maßgeblich:

"Der entscheidende Faktor ist die Vorherrschaft der Sowjet-Union in Osteuropa. Deutschland wurde geteilt und Ostdeutschland dem kommunistischen Block einverleibt. Hier liegt die große Gefahr. Die Labour Party ist überzeugt, dass die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges solange besteht, solange die Teilung Deutschlands anhält.

Wir fragen deshalb: Ist es unmöglich, gemeinsam mit den Sowjets freie Wahlen in Deutschland zu ermöglichen und wirkliche Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, die verhüten, dass deutsche Streitkräfte zu einer Gefahr der innerdeutschen Demokratie oder zu einer Bedrohung ihrer Nachbarn werden?"

Morgan Phillips gelangt zu der Auffassung, dass die Gespräche in Moskau dazu führen, die Tore offen zu halten. "Von Wichtigkeit ist es jedoch, dass sie lange genug offen bleiben, um die angebaute Verbindung genügend zu befestigen." Während der Unterredungen liessen Malenkow, Molotow, der Parteisekretär Kruschchew und Mikoyan, Minister für Außenhandel, erkennen, dass die Sowjetmachthaber den amerikanischen Einfluss in Europa auszuschalten wünschen, was nach Phillips Auffassung aber nicht heißen würde, dass sie einen Krieg beginnen, um dieses Ziel zu erreichen. Vielmehr glaubt er, dass die Sowjets schliesslich bereit sein werden, einen Pakt anzuerkennen, an dem auch die Vereinigten Staaten teilnehmen.

Wer den Generalsekretär der Labour Party und die übrigen Reisetilnehmer kennt, weiß, dass sie sehr real denkende Politiker sind, die sich keinen Illusionen anheim geben. Um so mehr verdient deshalb eine andere Auffassung Phillips Beachtung. Während der Genfer Konferenz hat Chinas Ministerpräsident und Außenminister Chou En-lai zu erkennen gegeben, dass Moskaus jüngster Verbündeter nicht bereit ist, sich der sowjetrussischen Politik zu unterstellen. "Diese Tatsache", schreibt Phillips, "mag entscheidend dazu beitragen, einen Wechsel der Sowjetpolitik in Europa herbeizuführen".

China hatte nicht nur "eine kommunistische, sondern gleichzeitig eine nationale und eine asiatische Revolution. Sie war der Höhepunkt eines Vorganges, der sich seit dem russisch-japanischen Krieg, seit 1905, gegen die westliche imperialistische Ausbeutung fortsetzte". Von Peking aus gesehen rechnet auch Rußland zum Westen. "China will mit der Sowjet-Union nicht brechen. China will Mitglied der Cominform bleiben. China will jedoch nicht ein Satellit der Sowjets werden, sondern die Führung in Asien sichern. Ich glaube, die Führer der Sowjets sind sich dieser Tatsache bewußt".

Großbritannien hat China als erste westliche Macht diplomatischen Status verliehen. Dass nunmehr auch China in London eine diplomatische Vertretung einrichtet, bewertet Phillips als erste Auswirkung der Gespräche, die zwischen der Labour Party und den chinesischen Staatsmännern stattfanden.

* * *

Die Jugend will Deutschlands Einheit

G.G. Dass die Westmächte es mit der Wiedervereinigung Deutschlands nicht eilig haben, ist durch die von Adenauer und Mendès-France in Amerika ausgegebene und nun auch noch in der westlichen Note an Moskau wiederholte Parole "Erst Ratifizierung der Pariser Verträge, dann Viererkonferenz" klar zum Ausdruck gekommen. Dass die Sowjetregierung nach einer Einbeziehung Westdeutschlands in ein westliches Militärsystem keine Einigung über die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit mehr für möglich hält, hat sie in ihren Noten mehrmals festgestellt und durch die Moskauer Sicherheitskonferenz der Ostblockländer mit Einschluß der Sowjetzone demonstriert. Die Sorge, dass es nicht mehr viel Zeit zu verlieren gibt, wenn die Spaltung Deutschlands nicht verewigt und sogar zur Basis eines Paktes zwischen West und Ost gemacht werden soll, wird immer brennender für alle, denen die Einheit Deutschlands wirklich am Herzen liegt.

Wer der 11. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings in Wiesbaden in der vergangenen Woche beiwohnte, konnte erleben, wie groß diese Sorge heute in der deutschen Jugend ist. Die Tagung war dem Thema "Unteilbares Deutschland als Aufgabe des gesamten Volkes" gewidmet. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Angelegenheiten, Jakob Kaiser, hielt vor den Jugendvertretern ein Referat, das alles andere als ungeschickt war. Weder pries er sein Ministerium über Gebühr, noch versäumte er darauf hinzuweisen, dass von der Bundesregierung die erfolgreiche Initiative zur Wiedervereinigung nicht zu erwarten sei, wenn der Impuls nicht aus dem Volke selbst und hier vor allem aus der Jugend und der Arbeiterschaft komme. Er distanzierte sich von skrupelloser antikommunistischer Propaganda ebenso wie von irreführendem Optimismus, er warnte davor, die Gefahr einer Berührung mit dem Kommunismus zu überschätzen, aber auch vor "gesamtdeutschen Begegnungen", die nicht dem menschlichen Kontakt und der Einheit Deutschlands, sondern nur der Tendenz dienen, die Pankow-Regierung und ihre Werkzeuge wie FDGB und FDJ "hoffähig" zu machen. Er wies darauf hin, dass die Jugendlichen, die aus der Sowjetzone nach Westdeutschland kommen, eine geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus erwarten und sich mit dem Anblick glitzernder Schaufenster und dem Angebot belegter Bröte nicht zufrieden geben, zumal sich die Lebensverhältnisse in der Sowjetzone gebessert haben.

Das alles waren Gedanken, die bei den Vertretern der Jugend Zustimmung fanden. Umso skeptischer waren sie, wie die Aussprache zeigte, gegenüber Kaisers Versicherung, die Ratifizierung der Pariser Verträge werde kein Hindernis für die Wiedervereinigung darstellen, und die Bemerkung des Ministers, man werde ja sehen, wie die Russen auf die Ratifizierung reagieren werden, und es sei ja, da die zwölf westdeutschen Divisionen nicht existierten, noch nicht aller Tage Abend, wirkte nicht beruhigend, sondern im Gegenteil besorgniserregend, - denn soll man wirklich warten, bis aller Tage Abend gekommen ist?

Die Jugend will sich, - das war der Eindruck, den man als Teilnehmer der Tagung des Bundesjugendringes hatte, - mit Abwarten und Aufschieben nicht abfinden. Sie wünscht Initiative, wo es um das Ziel der Einheit Deutschlands geht. Sie denkt mit Sorge daran, dass für die Jüngsten unter ihr das ganze Deutschland, zu dem Leipzig, Dresden, Magdeburg und Breslau ebenso wie Hamburg und München gehören, keine lebendige Erinnerung mehr ist, und sie weiß aus Erfahrung, wie schwer den westdeutschen Jugendlichen, wenn man sie sich selbst überlässt, die geistige Auseinandersetzung mit Jugendvertretern aus der Sowjetzone wird und wie wenig der Hinweis auf das höhere materielle Lebensniveau im Westen, wenn es jemals überzeugend gewirkt hat, heute noch wirkt. Im Zeichen des erleichterten und gesteigerten Interzonenverkehrs mehren sich die Begegnungen und die Austauschaktionen zwischen Jugendlichen aus beiden Teilen Deutschlands. Es wäre ebenso falsch, die politische Initiative der anderen Seite zu überlassen und dem Gespräch mit der Jugend der Sowjetzone ausweichen zu wollen, wie es falsch wäre, auf Propagandamanöver der FDJ hereinzufallen.

Während der Tagung des Bundesjugendringes in Wiesbaden sind diese Probleme eingehend erörtert worden, und man hat als Ergebnis der Beratungen ^{für} eine Fühlungnahme mit der FDJ die Freilassung der in der Sowjetzone aus politischen Gründen inhaftierten Jugendlichen, den Verzicht der FDJ auf ihr Staatsprivileg, die Zulassung demokratischer Jugendverbände und den Vertrieb der westdeutschen Jugendzeitschriften als Bedingungen erklärt, wobei man zu konkreten Beratungen mit dem Zentralrat der FDJ nur bereit ist, wenn sie zunächst den ersten Punkt, die Freilassung der Inhaftierten, zum Ziel haben.

Der Name Field darf nicht erwähnt werden

Th.- Hinter den Kulissen der SED werden gegenwärtig heftige Auseinandersetzungen ausgetragen. Mittelpunkt der Kontroverse ist Ulbricht, der durch die Entlassung der Gebrüder Hermann und Noel Field in Warschau und Budapest in eine prekäre Lage geraten ist. Die Brüder Field sind vor einigen Jahren als angebliche "Spione der anglo-amerikanischen Geheimdienste" hinter dem Eisernen Vorhang verschwunden und dienten später als Hauptbelastungszeugen u.a. im Budapester Rayk-Prozeß und im Prager Slansky-Prozeß, in deren Verlauf ganze Gruppen von tschechischen und ungarischen Kommunisten "wegen titoistischer Anschauungen" liquidiert worden sind.

Ebenfalls wegen angeblicher Verbindungen zu den Gebrüdern Field wurden im August 1950 eine Reihe von hohen SED-Funktionären verhaftet. Der prominenteste Vertreter dieser Gruppe, Paul Merker, war einige Zeit als Kellner in einer HO-Gaststätte in der Provinz beschäftigt, wurde jedoch vor einem Jahr erneut verhaftet und ist seitdem spurlos verschwunden. Leo Bauer, ehemaliger Chefredakteur von Radio Berlin und Maria Weiterer, ZK-Mitglied, sollen sich in sibirischen Lagern befinden. Bruno Goldhammer ist verschwunden, Kreikemeyer soll in Moskau verstorben sein, Lex Ende, der ehemalige Chefredakteur des "Neuen Deutschland", verstarb vor einiger Zeit in der Sowjetzone. Andere, wie z.B. Eisler, sind glimpflicher davon gekommen und wurden nur aus besonders exponierter Stellungen abgeschoben.

Im Mai 1953 wurde aufgrund derselben Beschuldigungen, Kontakte mit den Gebrüdern Field aufrecht zu erhalten, eines der führenden Mitglieder der SED, Franz Dahlem, all seiner Funktionen enthoben. Er lebt gegenwärtig in der Nähe von Berlin unter Hausarrest. Im Zusammenhang mit den damals einsetzenden Säuberungsaktionen ist eine große Anzahl anderer Funktionäre verhaftet worden und aus dem politischen Blickkreis verschwunden.

Ulbricht war die treibende Kraft

Bei der Ausschaltung dieser kommunistischen Führungsgarnitur hat Ulbricht eine entscheidende Rolle gespielt und bei dieser Gelegenheit alte Rechnungen, vor allem mit Merker und Dahlem, zu begleichen versucht. Der von Ulbricht geforderte Prozeß à la Slansky unterblieb jedoch auf Anweisung der Russen, die durch einen derartigen Schauprozeß ernste Auswirkungen auf die sowjetische Deutschlandpolitik befürchteten. Der letzte Anlauf Ulbrichts, den in der KP/SED noch angesehenen Franz Dahlem zu liquidieren, scheiterte. Matern als Vorsitzender der ZPKK mußte die resignierte Feststellung treffen, dass "eine Erledigung des Falles Dahlem nicht im Zuständigkeitsbereich der ZPKK" liege.

Es gab bei der Ausschaltung von Dahlem bereits Anzeichen dafür, dass von sowjetischer Seite bei dem Machtkampf Ulbricht-Dahlem eine abwartende Stellung bezogen wurde. Bemerkenswert war die Tatsache, dass Matern, der im Auftrage Ulbrichts die Anklage gegen Dahlem führte, in einem entscheidenden Belastungspunkt, nämlich in der Angelegenheit der von Dahlem an Daladier geschriebenen Briefe zugeben mußte: "Leider haben wir keine Abschriften dieser Briefe in Händen und können sie dem ZK nicht vorlegen". Das war eine erstaunliche Feststellung, wenn man weiß, dass die Russen im Besitz dieser Briefe Dahlems an Daladier sind.

Die heftige Diskussion, die jetzt in den Kadergruppen der SED über den ganzen Fragenkomplex entbrannt ist, beschäftigt bereits das ZK der SED, das vor einigen Tagen in Anwesenheit sowjetischer Vertreter ausführlich darüber diskutiert hat. Inzwischen sind die Chefredaktionen der Sowjetzonenpresse in einer streng vertraulichen Anordnung gewarnt worden, dass bis "zu einer zu erwartenden Stellungnahme der Zentralen Partei-Kontrollkommission - ZPKK" keine weitere Erwähnung des Namens Field zulässig ist.

Rehabilitierung der verfolgten KP-Garnitur?

Welche Stellung wird die ZPKK beziehen? Die Hauptbelastungszeugen die damaligen Säuberungs- und Liquidationsaktionen, nämlich die Gebrüder Field, sind entlassen worden und gelten als rehabilitiert. Wird jetzt die Rehabilitierung der unschuldig verhafteten und verfolgten kommunistischen Führungsgarnitur erfolgen? Werden Dahlem und Merker in das Politbüro der SED zurückkehren? Ist die Stellung Ulbrichts erschüttert? Inzwischen ist der seinerzeit in den Hintergrund verdrängte Eisler bereits wieder aufgetaucht und darf Radicreden halten und Pressekonferenzen veranstalten.

Diese Fragen werden nicht von der SED-Ebene allein beantwortet werden. Ist doch der Fall der Gebrüder Field nur verständlich auf dem Hintergrund der letzten Phase der stalinistischen Ära, die bestimmt war durch den Bruch Jugoslawiens mit der Kominform. Die Tatsache, dass bis jetzt keine offizielle Stellungnahme, weder von sowjetischer noch von polnischer oder ungarischer Seite über die Entlassung der Gebrüder Field vorliegt, deutet auf Komplikationen hin, die auf größere Zusammenhänge weisen. Wie weit das Schlusskapitel dieses Falles - die Freilassung der Gebrüder Field - symptomatisch ist für die Austragung neuer Machtkämpfe und Führungskrisen im sowjetischen Orbit, wird die nächste Zukunft zeigen. Die Erfahrung lehrt, dass solche Krisen ihre Auswirkung auch in Pankow haben werden und für die weitere politische Entwicklung der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands ihre Bedeutung haben.

* * *

Ein Wort zum "eindeutigen Führungsanspruch"

Wir lesen in der Pressekorrespondenz des
SPD Landesverbandes Bayern:

Die CSU hat bei ihren ersten Siegesfanfaren-Stößen die Hälfte der Tatsachen außer Acht gelassen. So wird sie es nicht bestreiten können, dass sie bei diesen Landtagswahlen gegenüber den letzten Bundestagswahlen 9,9 % der Stimmen eingebüßt hat, obwohl sie diesen Wahlkampf mit den gleichen Parolen wie seinerzeit bei den Bundestagswahlen geführt hat. Die CSU muß endlich einsehen, dass die Zeit unwiderruflich vorüber ist, wo sie die absolute Mehrheit in Bayern hatte. Die SPD bleibt ein entscheidender Faktor: was sie in der Politik Bayerns bedeutet, wird sich in den nächsten Monaten deutlich zeigen.

Im übrigen aber sollte die CSU etwas vorsichtig sein mit ihrem "eindeutigen Führungsanspruch", den sie aus der Willensäußerung der Wähler entnimmt. Wenn schon die CSU mit solcher Überzeugungskraft diesen Anspruch stellt, warum versagt man dann der SPD in Schleswig-Holstein, wo sie die stärkste Partei war, und der SPD in Hessen, ihren "Führungsanspruch", die dort mit großem Abstand eindeutig an der Spitze liegt? In Hessen z.B. konnte die SPD einen Stimmenanteil erreichen, der noch um 4,6 % über dem der CSU in Bayern liegt.

Wo bleibt hier die Logik? Diesen Widerspruch zwischen "Anspruch" in Bayern und "tatsächlichem Verhalten" in den anderen Ländern festzustellen scheint uns notwendig. - - - - -

Verantwortlich: i.V. Albert Exler